

zum ULV-Ausschuss am 30.03.2022, TOP 4

**Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.**

**Landkreis Ebersberg**

Ebersberg, 17.03.2022

Az.

Zuständig: Katja Witschaß, ☎

**Vorgesehene Beratungsreihenfolge**

ULV-Ausschuss am 30.03.2022, Ö

**Haushalt 2021; Bericht über das Jahresergebnis 2021**

### Sitzungsvorlage 2021/0537

#### I. Sachverhalt:

Im Februar und März erstellen die Sachgebiete ihre Abschlussberichte. Die Abschlussberichte der Sachgebiete dienen dem Finanzbereich für das externe Rechnungswesen und dem zentralen Controlling für das interne Rechnungswesen.

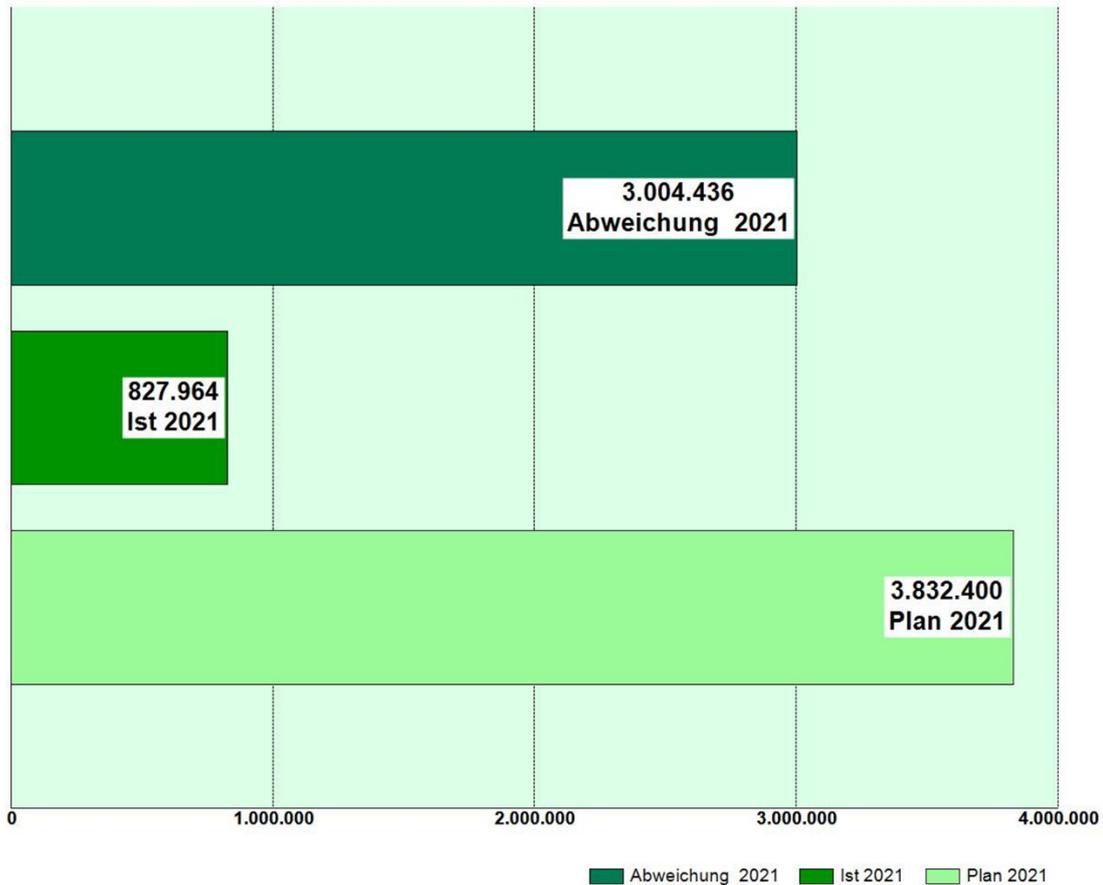
Der Bereich Finanzen prüft die Einhaltung der Budgets, die vom Kreistag zur Verfügung gestellt wurden. Im zentralen Controlling werden die Berichte ausgewertet und mit den Sachgebiets- und Abteilungsleitungen im Rahmen der Controllinggespräche analysiert und besprochen. Zu den Abschlussberichten findet auch ein jährliches Gespräch beim Landrat statt.

Buchungsschluss war am 31.01.2022. Das Ergebnis des ULV-Ausschusses ist aussagekräftig. Dennoch kann sich das Ergebnis durch bis jetzt noch nicht bekannte Korrektur- oder Nachbuchungen ändern. Eventuelle Abweichungen werden zur Kreistagssitzung am 16.05.2022 mit der Zusammenfassung des Haushalts 2021 aufgezeigt. Alle Informationen sind mit dem dezentralen Controlling abgestimmt.

#### **1. Gesamtüberblick (Cockpit):**

##### **1.1 Investitionen (Stand: 11.03.2022):**

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Entwicklung der Investitionen, die dem ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft) zugeordnet sind. Es werden hierbei die Netto-Investitionen betrachtet, d.h. Investitionszuschüsse des Staates sind berücksichtigt.



Der Mittelabfluss bei den Investitionen liegt im Auswertungszeitraum seit 2011 immer deutlich unter der Planung, wie die nachfolgende Darstellung zeigt:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	3.014.500	1.468.377	-1.546.123	48,71%
2012	1.957.700	671.673	-1.286.027	34,31%
2013	2.240.350	1.172.112	-1.068.238	52,32%
2014	1.940.571	1.057.731	-882.840	54,51%
2015	1.472.521	491.172	-981.349	33,36%
2016	2.192.320	313.297	-1.879.023	14,29%
2017	2.135.900	7.046	-2.128.854	0,33%
2018	3.987.150	234.807	-3.752.343	5,89%
2019	3.733.440	1.992.719	-1.740.721	53,38%
2020	5.596.450	1.206.531	-4.389.919	21,56%
2021	3.832.400	827.964	-3.004.436	21,60%

Von den für das Jahr 2021 veranschlagten Mittel für Investitionen von 3.832.400 € wurden 827.964 € ausgeschöpft. Damit wurden rund 21,6 % der geplanten investiven Mittel in Anspruch genommen. Nach einer deutlichen Steigerung des Ausschöpfungsgrades von 2018 zu 2019, sinkt dieser ab dem Jahr 2020 wieder deutlich.

Ein wesentlicher Grund für den niedrigen Ausschöpfungsgrad der Investitionen im Jahr 2021 sind die nicht umgesetzten Maßnahmen im Straßenbau.

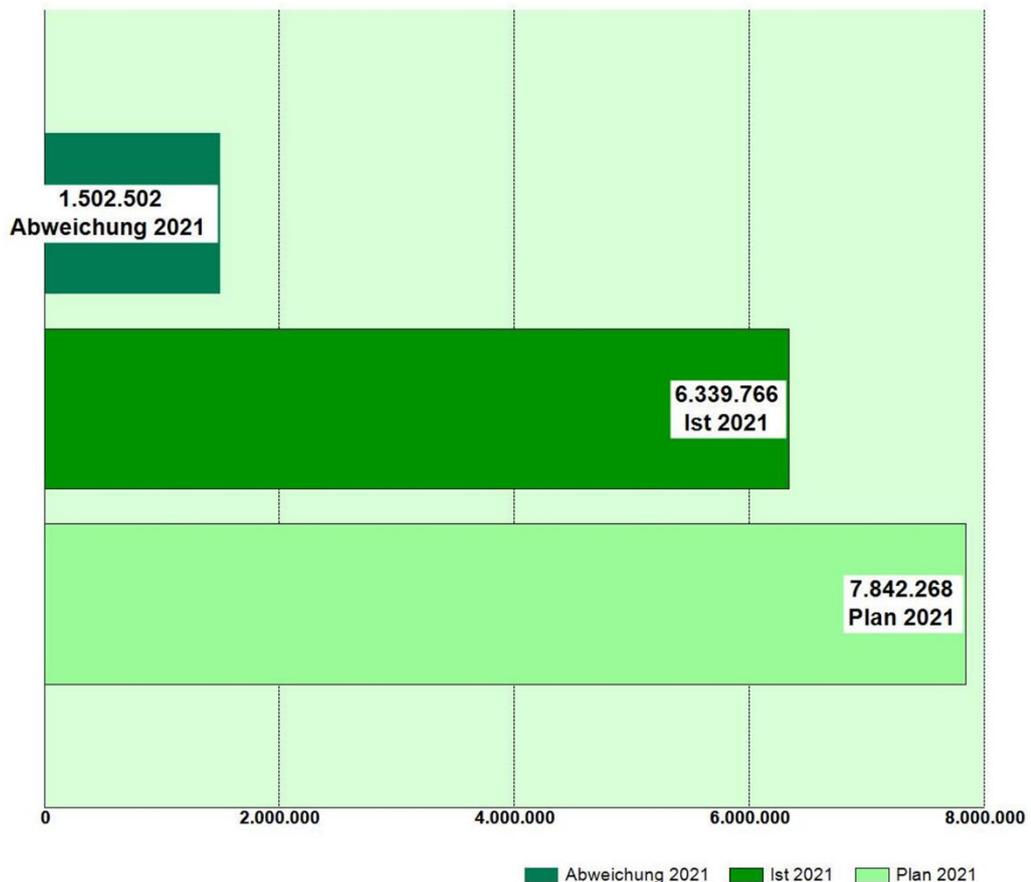
Die Investitionspauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des Art. 12 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt wird, wurde im ULV-Ausschuss für folgende Maßnahmen verwendet:

910-13-001	EBE13: Neubau Viehtrift + Brückensanierung b.Bruck	400.000 €
910-20-015	EBE20: ZEB Jakobneuharting - Sensau	300.000 €
910-0003	LKW/Geräteträger (f. große LKWs)	200.012 €
910-08-007	EBE8: Ausbau Nettelkofen b. Seeschneider-Kreuzung	150.000 €

Ohne Einbezug der zur Haushaltplanung 2021 noch nicht feststehenden Verwendung dieser Investitionspauschale ergeben sich für das Jahr 2021 Ausgaben für Investitionen in Höhe von 1.877.977 € (Ausschöpfung des Budgets: 49 %).

### 1.2 Ergebnisrechnung (Stand: 11.03.2022):

Die nachfolgende Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW):



Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2011	4.271.995	4.793.876	521.882	12,2%

2012	4.063.851	4.524.151	460.300	11,3%
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.843.676	-55.755	-1,1%
2018	5.379.686	5.210.172	-169.513	-3,2%
2019	5.914.170	5.206.258	-707.912	-12,0%
2020	6.585.678	6.099.887	-485.791	-7,4%
2021	7.842.268	6.339.766	-1.502.502	-19,2%

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 7.842.268 € um **1.502.502 € unterschritten**, das sind 19,2 %.

Das Budget des ULV-Ausschusses beanspruchte 2021 insgesamt 11,6 % der kompletten Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert. Sie wird am Ende dieses Berichts gesondert dargestellt.

## 2. Detaillierte Darstellung

### 2.1 Ergebnisrechnung (11.03.2022):

	2018	2019	2020	2021				
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %	Begründung
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement (WR)	248.010	304.184	326.467	389.667	305.610	-84.057	-21,6%	1)
112 ÖPNV/ Fernradwege	1.112.134	1.044.111	1.148.910	2.663.815	1.623.499	-1.040.316	-39,1%	2)
113 Schülerbeförderung	840.851	785.587	714.858	610.317	437.143	-173.174	-28,4%	3)
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	-4.162	-2.346	-3.063	-4.000	-4.533	-533	-13,3%	
320 Kfz- Zulassungsstelle	-478.244	-476.033	-353.048	-474.595	-337.226	137.369	28,9%	4)
325 Führerscheinstelle	101.426	66.228	154.132	75.132	202.122	126.990	169,0%	5)
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	167.475	247.165	472.158	884.421	690.636	-193.785	-21,9%	6)
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	31.504	45.107	67.041	89.445	66.625	-22.820	-25,5%	7)
405 Landschaftspflegever- band (LPV)	58.523	78.128	80.589	87.134	79.451	-7.683	-8,8%	
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderu- ng, Gutachterauss	234.233	265.861	289.587	253.907	250.791	-3.116	-1,2%	
420 Bauamt	383.272	218.370	343.445	422.972	294.197	-128.776	-30,4%	8)
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	294.740	248.104	122.651	344.768	256.960	-87.808	-25,5%	9)
450 Naturschutz, Landschaftspflege	447.354	552.624	435.281	527.392	480.872	-46.520	-8,8%	10)
910 Kreisstraßen und - unterhalt	1.773.056	1.829.169	2.300.878	1.971.892	1.993.618	21.726	1,1%	11)
<b>SUMME</b>	<b>5.210.172</b>	<b>5.206.258</b>	<b>6.099.887</b>	<b>7.842.268</b>	<b>6.339.766</b>	<b>-1.502.502</b>	<b>-19,2%</b>	

Die höchsten Budgets werden in den Kostenstellen 910 Kreisstraßenunterhalt und 112 ÖPNV/ Radwege bewirtschaftet. Diesen Kostenstellen kommt deshalb besondere Bedeutung zu.

### Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung

#### 1) 080 – Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR) – Unterschreitung 84.057 € bzw. 21,6 %

Die Unterschreitung ist größtenteils auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Es gab weniger Ausgaben, weil weit weniger Projekte fortgeführt beziehungsweise begonnen werden konnten. Dies betraf z.B. Projekte innerhalb des Werkvertrages Regionalmanagement. Die geplante online-Befragung zu dem Aktionsprogramm, insbesondere zu Agora, wurde coronabedingt ebenfalls 2021 nicht durchgeführt.

#### 2) 112 – ÖPNV/Fernradwege – Unterschreitung 1.040.316 € bzw. 39,1 %

Die deutliche Unterschreitung des Planansatzes beim ÖPNV ist zum einen auf die höheren Erträge (ca. 446.000 €) und zum anderen auf die geringen Aufwendungen (ca. 595.000 €) zurückzuführen.

Die höheren Erträge begründen sich wie folgt: Nach der Betriebskostenabrechnung vom MVV wurden uns ca. 185.000 € mehr erstattet, als erwartet. Der Deckungsgrad hat sich im Jahr 2019 von 61,1 % auf 56,6 % gesenkt. Die Erstattung des MVV ist dadurch zwar niedriger als im Vorjahr, doch immer noch höher, als der geplante Ansatz. Außerdem erhielten wir vom MVV eine Erstattung von 168.300 € durch die Schlussabrechnung des Jahres 2020 der Tarifstrukturreform und des 365 €-Tickets. Weiterhin sind für die zusätzlichen Verkehrsleistungen im Schülerverkehr im ÖPNV aufgrund der Corona-Pandemie Mehraufwendungen (vorerst beim MVV) entstanden. Der MVV hat mit den Unternehmen entsprechende Verträge abgeschlossen und diese Kosten bei den Unternehmen beglichen. Der Landkreis Ebersberg hat bei der Regierung von Oberbayern Anträge gestellt und diese Ausgaben erstattet bekommen (148.000 €). Diese unterschiedlich verrechneten Leistungen müssen bei der Berechnung des Deckungsgrades für 2021 entsprechend berücksichtigt werden. Im Gegensatz dazu ist die Sonderförderung für den Rufbus 443 in 2021 ausgelaufen, sodass 30.000 € weniger Einnahmen zu verzeichnen waren.

Die Minderausgaben sind wie folgt zu erklären: Ca. 10.000 € sind weniger an Personalkosten angefallen, weil eine Stelle später nachbesetzt wurde, als es vorgesehen war. Die Zuweisungen an die Gemeinden sind um 82.000 € niedriger ausgefallen. Der geplante Zuschuss an den Landkreis München für die Regionalbuslinie 262 wurde nicht ausbezahlt, da dieser bereits über den MVV abgerechnet wurde. Der Betriebskostenzuschuss an die Gemeinde Poing für die PPA-Linien 460 und 461 wurde ebenfalls nicht abgerufen. Ebenso blieben Zahlungen an den MVV um rund 499.000 € unter dem Planansatz. So wurden bei den Ausgleichsleistungen der Tarifstrukturreform 294.000 € und bei den Ausgleichsleistungen für das 365 €-Ticket 59.000 € weniger, als geplant, abgerufen. Des Weiteren wurde der Investitionszuschuss und die Ausgaben für ISE/EFM (Integrationssystem für Echtzeitdaten inkl. Elektronisches Fahrgeldmanagement) und Handy-Ticketing nicht in der erwarteten Höhe beansprucht.

### 3) 113 – Schülerbeförderung – Unterschreitung 173.174 € bzw. 28,4 %

Insgesamt wurden bei der Schülerbeförderung etwa 65.000 € weniger vereinnahmt, als geplant. Die pauschalen Zuweisungen vom Land Bayern waren um ca. 121.000 € niedriger als vorab kalkuliert, da niedrigere Schüleranzahlen gemeldet wurden. Im Gegensatz dazu konnten mehr Zuwendungen vom Freistaat Bayern in Höhe von 50.900 € für die zusätzlichen Verstärkerfahrten aufgrund der Corona-Pandemie eingenommen werden. Die Erträge für die Selbstzahler und Eigenbeteiligungen überstiegen die Planung um 7.800 €. Die Aufwendungen konnten um 238.000 € unterschritten werden. Bei den Beförderungskosten sind bei den Schülerzeitkarten vom MVV aufgrund der Einführung des 365 €-Tickets für Schüler\*innen niedrigere Kosten, als geplant, angefallen. Bei den Kosten der DB für die Schülerbeförderung sind ca. 7.400 € weniger Fahrkarten gekauft worden. Die Ausgaben für die Fahrtkostenrückerstattung waren um 108.000 € niedriger als geplant. In 2021 wurden die Rückerstattungen für das Schuljahr 2020/21 eingereicht und im gleichen Schuljahr wurde auch das 365 €-Ticket eingeführt, wodurch sich die Rückerstattungskosten verringert haben.

**4) 320 – Kfz-Zulassungsstelle – Überschreitung 137.369 € bzw. 28,9 %**

Durch Einschränkungen in den Corona-Monaten und Liefereinschränkungen der Automobilindustrie konnten die geplanten Erträge nicht annähernd erreicht werden (-155.000 €). Z.B. konnten Neufahrzeuge wegen unvollständiger Steuergeräte nicht ausgeliefert werden. Erfahrungsgemäß zieht jede Neuzulassung zwei weitere Zulassungsvorgänge nach sich (Neuzulassung, Umschreibung und Abmeldung eines Fahrzeugs). Weitere 6.000 € sind mehr, als geplant, für Geschäftsausgaben, wie z.B. für Vordrucke, Plaketten und Dokumentenklebesiegel, angefallen. Für den Verkauf der Feinstaubplaketten (Betrieb gewerblicher Art) sind 10.000 € für die Gewerbe- und Körperschaftssteuer angefallen, welche nicht geplant werden. Im Gegensatz dazu weisen die Personalkosten eine Unterschreitung in Höhe von ca. 36.000 € aus.

**Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.**

**5) 325 – Führerscheinstelle – Überschreitung 126.990 bzw. 169 %**

Die geplanten Erträge wurden um ca. 37.000 € unterschritten. Ein großer Anteil der Pflichtumtatsche wurde nicht vollzogen. Nur 1/3 der betroffenen Umtatsche wurden abgeschlossen. Ein Teil des Einnahmeausfalls konnte durch Erstanträge ausgeglichen werden, weil coronabedingt sich die Einnahmen von 2020 auf 2021 verlagerten. Darüber hinaus konnte nach Vorlage eines Schaltkompetenznachweises die Fahrerlaubnis (B197) ausgestellt werden, obwohl die praktische Prüfung mit einem Automatikfahrzeug durchgeführt wurde. Dies führte dazu, dass viele Fahrschüler, die als Folge des Lockdowns und der anschließenden Überlastung der Fahrschulen kaum Fahrstunden bekommen haben, die Chance auf ein schnelleres Bestehen der Führerscheinprüfung sahen und einen Änderungsantrag auf B197 stellten. Auch die Fahrerqualifizierungen für die Berufskraftfahrer konnten größtenteils erst nach den Coronabeschränkungen stattfinden.

Die Personalkosten wurden um ca. 77.500 € überschritten. Es gab Personalwechsel bzw. Neueinstellungen und daraus resultierende Überschneidungen sowie Höhergruppierungen. Ca. 8.000 € wurden wegen Uneinbringlichkeiten angesetzt. Weitere Mehrausgaben entstanden aufgrund der Einführung des Fahrerqualifizierungsnachweises, welchen alle Berufskraftfahrer seit 04/2021 benötigen. Hierbei handelt es sich um eine weitere Karte, die zusätzlich zum Führerschein und der Fahrerkarte mitzuführen ist.

**Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.**

**6) 330 – Öffentliche Sicherheit, Gemeinden – Unterschreitung 193.785 € bzw. 21,9 %**

Insgesamt wurden ca. 196.000 € mehr Erträge vereinnahmt, als geplant. Die Anzahl der Anträge für Schwertransporte steigen kontinuierlich an. Auch während der Lockdowns wurden vermehrt Anträge gestellt. Darüber hinaus waren zur Budgetplanung die bundesweite drastische Gebührenerhöhung nicht absehbar. Coronabedingt wurden zwar in anderen Bereichen, wie z.B. für verkehrlenkende Maßnahmen, waffen- und sprengstoffrechtliche Erlaubnisse und für Jagdscheine, weniger Einnahmen verzeichnet, welche aber durch Mehreinnahmen für die Schwertransporte mehr als kompensiert werden konnten. Des Weiteren überstiegen die Erträge für Bußgeldbescheide nach der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung deutlich den Planansatz. Des Weiteren waren die

Kosten für den Bürgerentscheid „Windkraft im Ebersberger Forst“ nur schwer planbar, weil zur Haushaltsplanung noch nicht absehbar war, dass eine reine Briefwahl rechtlich zulässig ist. Dieser Planunterschreitung stehen aber Mehrausgaben für die Unterbringung von beschlagnahmten Tieren in Höhe von ca. 21.000 € und für Uneinbringlichkeiten in Höhe von ca. 17.000 € gegenüber.

**7) 340 - Veterinärwesen und gesundheitlicher Verbraucherschutz – Unterschreitung 22.820 € bzw. 25,5 %**

Ca. 49.000 € wurden mehr an Fleischbeschaugebühren eingenommen. Die Fleischbeschaugebühren haben sich aufgrund der deutlichen Gebührenerhöhung zum 01.01.21 sehr positiv entwickelt. Hier wirkt sich ebenfalls die derzeitige Pandemie wohl sehr positiv auf das Bewusstsein zum regionalen Einkauf beim Metzger ums Eck aus. Ca. 26.000 € wurden durch die gute Ertragslage für Sonderposten eingestellt.

**8) 420 – Bauamt – Unterschreitung 128.776 € bzw. 30,4 %**

Die Unterschreitung im Bauamt ist vor allem auf die sehr gute Ertragslage zurückzuführen, da 2021 rund 301.000 € höhere Erträge erwirtschaftet werden konnten. Diese Steigerung ist größtenteils auf die Baugenehmigungen zurückzuführen. Die Zahl der Baugenehmigungen stieg von 934 (2020) auf 1017 (2021). Zudem haben sich die Einnahmen für verauslagte Gutachterkosten erhöht. Dies korrespondiert jedoch mit Mehrausgaben in Höhe von 85.000 € für die Gutachterleistungen sowie Rückstellungen in Höhe von 50.000 €. Ca. 35.000 € sind weniger bei den Personalkosten angefallen, weil aufgrund von Personalwechsel Stellen nicht bzw. zeitweise nicht besetzt waren und Mitarbeiter langfristig erkrankten. Im Gegensatz dazu sind ca. 34.000 € mehr für Stellenanzeigen ausgegeben wurden. Die Ausgaben für die EDV-Wartung überstiegen den Planansatz um 16.000 €. Grund waren einmalige vom Freistaat vorher nicht angekündigte bzw. planbare Ausgaben im Rahmen der Anbindung unseres Fachverfahrens an das Bayernportal zur Einreichung der digitalen Bauanträge. Für die Digitalisierung waren großflächige Plotter bzw. Scanner für Baupläne erforderlich, sodass 11.000 € für deren Miete angefallen sind. Die restliche Abweichung erklärt sich durch die EDV-Beschaffung (Webcams, Monitore...) aufgrund von Corona und der Digitalisierung.

**9) 440 – Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutzrecht – Unterschreitung - 87.808 € bzw. 25,5 %**

Bei den Personalkosten kam es zu einer Unterschreitung in Höhe von ca. 140.000 € aufgrund der Bewältigung der Corona-Pandemie, Langzeiterkrankungen und durch die Nichtbesetzung offener Stellen. Im Gegensatz dazu stehen ca. 17.000 € höhere Kosten für Stellenanzeigen. Die Erträge blieben insgesamt ca. 18.000 € hinter dem Plan zurück, weil die Anzahl der Genehmigungsverfahren nur schwer kalkulierbar ist. Ca. 11.000 € sind mehr, als geplant, für Ersatzvornahmen im Bereich des Bodenschutzes und Abfallrechts angefallen. Die restliche Abweichung begründet sich durch einen höheren Bedarf für EDV-Ausstattung und Literatur.

**10) 450 – Naturschutz, Landschaftspflege – Unterschreitung 46.520 € bzw. 8,8 %**

Im Jahr 2021 konnten ca. 45.000 € mehr Erträge, als geplant, erzielt werden. 30.000 € von diesen Erträgen wurden direkt für Projekte als Refinanzierungsmaßnahmen umge-

setzt. Die restliche Summe sind Mehreinnahmen für Verstöße und für die Aufwandsentschädigung für die Betreuung und Verwaltung des Steinsees. Des Weiteren sind im Bereich Unterhalt von Grundstücken die besonderen Aufwendungen für den Kommunalwald nicht angefallen sind.

#### 11) 910 Kreisstraßen und -unterhalt – Überschreitung 21.726 bzw. 1,1 %

2021 konnten für die Kostenstelle, Kreisstraßen und –unterhalt, 162.000 € mehr an Erträgen eingenommen werden. Ca. 104.000 € wurden für die Baumaßnahme in Sonderbaulast „Bau einer Linksabbiegespur an der Kreisstraße EBE 13 für die Erschließung des Gewerbegebiets - Schammach / Erweiterung“ mit der Stadt Grafing abgerechnet. Durch den Einsatz der Investitionspauschale für Straßenbaumaßnahmen haben sich auch die Abschreibungen der Zuschüsse erhöht. Für den Verkauf von Gerätschaften der Straßenmeisterei wurden im Gegenzug weniger eingenommen, als geplant. Die Instandhaltungskosten für die Straßen, Wege u.ä. fielen insgesamt um ca. 86.000 € weniger an. Im Gegensatz dazu wurden für den Winterdienst ca. 62.000 € mehr ausgegeben. Aufgrund der hohen Treibstoffpreise überstiegen die Kosten für die Haltung der Fahrzeuge die Planung um ca. 29.000 €. Der größte Posten, der für die Überschreitung verantwortlich ist, sind die Abschreibungen für Infrastrukturvermögen. Diese liegen um ca. 156.000 € über der Planung.

#### Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger:

Es werden insgesamt knapp 80 Kostenträger bewirtschaftet. Nachfolgend die Landkreisaufgaben:

	2018	2019	2020	2021			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
1123+1121 MVV Busverkehr und Tarifstrukturreform	1.051.446	985.731	1.080.973	2.563.060	1.535.460	-1.027.600	-40,1%
1131-1134 Schülerbeförderung weiterführende Schulen	761.699	667.916	566.657	432.945	259.690	-173.255	-40,0%
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement	248.010	304.184	326.467	389.667	305.610	-84.057	-21,6%
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	58.523	78.128	80.589	87.134	79.451	-7.683	-8,8%
<b>SUMME</b>	<b>2.119.678</b>	<b>2.035.959</b>	<b>2.054.686</b>	<b>3.472.806</b>	<b>2.180.212</b>	<b>-1.292.594</b>	<b>-37,2%</b>

Die Erträge aus der Amtshilfe im Bereich der Schülerbeförderung für kreisangehörige Gemeinden lag 2021 wieder bei knapp 138.000 €.

Bei den verhältnismäßig wenigen Landkreisaufgaben dominieren der MVV-Busverkehr und die Schülerbeförderung aus kostenmäßiger Sicht das Teilbudget des ULV-Ausschusses.

Insgesamt ist der Bereich des ULV-Ausschusses stark von den Aufgaben des staatlichen Landratsamtes geprägt, eine aufgabenbezogene Steuerbarkeit existiert für den Landkreis in diesem Bereich nicht. Steuerbar ist aber die Qualität der Aufgabenerfüllung, insbesondere der Personaleinsatz.

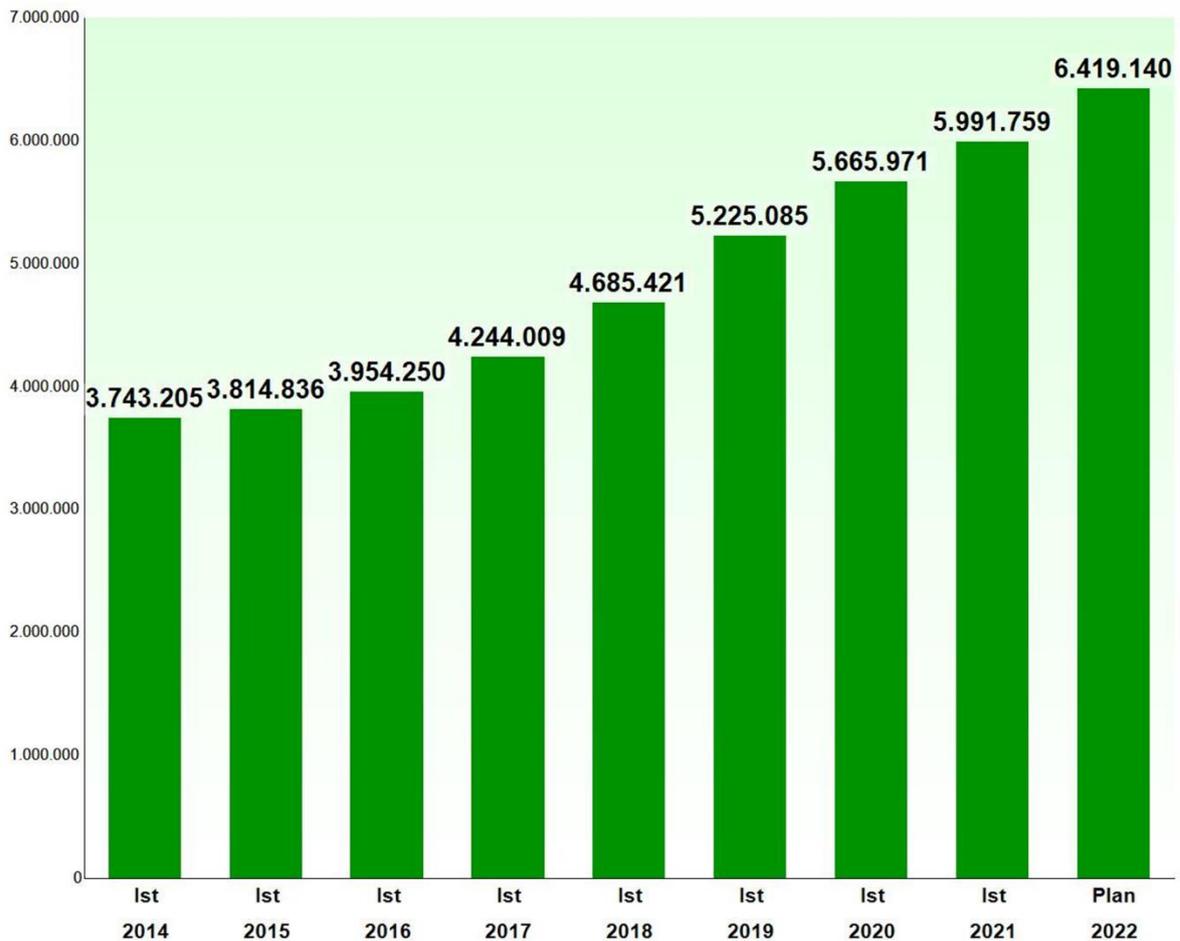
Untersuchungen bestätigen jährlich, dass die Finanzierung der Staatsaufgaben durch den Freistaat Bayern weder bei der Personalausstattung noch beim FAG-Ausgleich erfolgt. Das **jährliche** Defizit des Landkreises Ebersberg beträgt in den Jahren 2012 bis 2019 jährlich zwischen 2,3 Mio. € und 4,3 Mio. €. Im Jahr 2020 stieg die Kostenunterdeckung aufgrund von Corona auf einen Spitzenwert von 7.976.520 € an. Im Vergleich zu 2020 sinkt zwar die Kostenunterdeckung 2021 auf 6,3 Mio. €, bleibt aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Dieses Bild zeigt sich in ganz Bayern, aus jedem Regierungsbezirk haben Landratsämter diese Berechnungen durchgeführt.

	Lkr. Ebersberg										Oberbayern									
	Fläche		Einwohner		Umlagekraft															
	549 km <sup>2</sup>		142.142		163.248.683 €															
	Erg. 2012	Erg. 2013	Erg. 2014	Erg. 2015	Erg. 2016	Erg. 2017	Erg. 2018	Erg. 2019	Erg. 2020	Erg. 2021										
Personalkostenanteil	8.399.505 €	8.771.494 €	9.103.242 €	8.004.901 €	8.274.367 €	9.051.096 €	9.602.975 €	10.338.243 €	17.094.250 €	15.308.316 €										
Sachkosten	2.224.587 €	2.423.865 €	2.335.579 €	2.573.931 €	2.454.915 €	2.480.644 €	2.457.395 €	2.567.971 €	6.909.761 €	3.591.128 €										
Produktkosten																				
Gemeinkostenumlage	1.338.510 €	2.624.778 €	2.883.914 €	2.608.876 €	2.389.698 €	2.621.147 €	2.867.620 €	3.207.969 €	3.609.372 €	4.148.917 €										
Vollkosten nach KLR	11.962.602 €	13.820.137 €	14.322.735 €	13.187.708 €	13.118.980 €	14.152.887 €	14.927.990 €	16.114.183 €	27.613.384 €	23.048.361 €										
Finanzielle Beteiligung Staat	8.230.666 €	9.480.358 €	10.370.340 €	10.733.287 €	10.787.095 €	11.663.820 €	11.418.211 €	12.469.611 €	19.636.864 €	16.769.313 €										
<b>Kostenunterdeckung</b>	<b>3.731.936 €</b>	<b>4.339.779 €</b>	<b>3.952.395 €</b>	<b>2.454.421 €</b>	<b>2.331.885 €</b>	<b>2.489.067 €</b>	<b>3.509.778 €</b>	<b>3.644.572 €</b>	<b>7.976.520 €</b>	<b>6.279.047 €</b>										
	31,2%	31,4%	27,6%	18,6%	17,8%	17,6%	23,5%	22,6%	28,9%	27,2%										

Vom Freistaat Bayern wurden 2020 und 2021 jeweils 70 neue Stellen für Landratsämter zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2021 hat der Landkreis Ebersberg eine Stelle für die Wasserwirtschaft bekommen. Am Defizit kann das freilich nichts ändern. **Corona hat zu einer massiven Verschlechterung geführt!**

#### Ein Blick auf die Personalkosten:

	2018	2019	2020	2021			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
Summe Personalaufwendungen	4.685.421	5.225.085	5.665.971	6.057.590	5.991.759	-65.831	-1,1%



Die Plan/Ist Abweichung 2021 bei den Personalkosten beträgt 1,1 %, was wie bereits in den vergangenen Jahren die hohe Planungskompetenz der Akteure bestätigt.

Der Steuerung des Personaleinsatzes kommt in diesem Bereich eine besonders hohe Bedeutung zu. Dies gelingt durch die Vergleiche der Fallzahlen mit dem Personaleinsatz innerhalb der 80 Kostenträger.

## 2.2 Investitionen

### 2.2.1 Investitionen der Sachgebiete:

	Plan	Ist	Abweichung
	2021	2021	2021
112 ÖPNV/ Fernradwege		-1	-1
113 Schülerbeförderung		15.841	15.841
320 KfZ-Zulassungsstelle	77.500	22.827	-54.673
325 Führerscheinstelle		1.536	1.536
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden		2.138	2.138
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	6.000	9.463	3.463
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	4.900	1.270	-3.630

420 Bauamt	55.000	9.073	-45.927
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	52.000	1.682	-50.318
450 Naturschutz, Landschaftspflege		-1.227	-1.227
<b>SUMME</b>	<b>195.400</b>	<b>62.603</b>	<b>-132.797</b>

Von den insgesamt geplanten Investitionen in Höhe von 195.400 € wurden nur 62.603 € bzw. 32 % in Anspruch genommen. Alle über- und außerplanmäßigen Anträge wurden genehmigt.

Um den Arbeitsaufwand bei den Anträgen für die Schülerbeförderung (KST 113) zu reduzieren, wurde ein Online-Antragsverfahren für PUBLIQ.ticketing eingeführt. In der Vergangenheit wurden die Anträge für die Schülerbeförderung von den Schülern per Post eingereicht und von den zuständigen Sachbearbeitern in das Programm PUBLIQ.ticketing eingegeben.

Das Fachverfahren OK Verkehr für die KST 320 (KFZ-Zulassungsstelle) hat sich auf das Jahr 2022 verschoben. 2021 wurde bereits ein Systemupgrade des Kassenautomaten durchgeführt. Weiterhin ist für die Umstellung auf das Fachverfahren OK Verkehr die Einrichtung einer neuen Schnittstelle zum Kassenautomaten erforderlich.

Von den erwarteten Investitionen des Bauamtes (KST 420) wurde nur ein Notebook für den Außendienst und ein Scanner beschafft. Die geplante Software wie z.B. „PROSOZ GO“ oder „PROSOZ ELAN“ wird erst ab 2022 angeboten.

Die für 2021 geplanten Investitionen für die Digitalisierung der KST 440 wurden aufgrund personeller und coronabedingter Probleme auf das Jahr 2022 verschoben.

## 2.2. Investitionen bei den Straßen:

Anmerkung: Übertragungen von Haushaltsmitteln für Straßenbaumaßnahmen wurden für das Jahr 2021 zum ersten Mal gebildet. Darüber hinaus schreibt die Finanzleitlinie vor, Mittel für Grunderwerb zu Straßenbauvorhaben erst dann zu veranschlagen, wenn sie konkret realisiert werden können. Vorsorgeansätze soll es nicht geben.

Trotz dieser Regelungen ist es im Bereich des Kreisstraßenbaus bisher nicht gelungen, eine höhere Planungsgenauigkeit umzusetzen. Von der Planung sind insgesamt in der Nettobetrachtung und unter Berücksichtigung der Investitionspauschale nur 21 % abgeflossen (765.361 € von 3.637.000 € Planung).

Die folgende Grafik zeigt den Planansatz der Nettoinvestition.

	Plan	Ist	Abweichung	Ist kumuliert über alle Jahre bis Stichtag
	2021	2021	2021	2021
910-0001 Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	110.000	84.782	-25.218	667.600
910-0003 LKW/Geräteträger (f. große LKWs)	245.000	66.573	-178.427	495.847

910-0004 Sommerdienst: Absaug-, Randstreifenmähergeräte	277.000	296.491	19.491	329.174
910-0005 Winterdienst: Schneepflug, Streu-Automaten	5.000	14.424	9.424	176.139
910-0006 Stramotfahrzeuge u. Man- schaftsfahrzeuge	35.000	0	-35.000	352.050
910-0007 Lichtsignalanlagen	15.000	0	-15.000	193.386
910-0014 Streugutlagersilo Wetterling	0	91.874	91.874	91.874
910-01-013 EBE1: Deckensanierung in der OD Poing	0	4.522	4.522	9.421
910-05-004 EBE5: Aufstufung OD Forstinning	0	27.039	27.039	27.039
910-05-005 EBE5: Neubau Geh- u. Radweg Schwaberwegen-Anzing	0	39.964	39.964	39.964
910-06-003 EBE6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6-alt"	150.000	0	-150.000	0
910-08-004 EBE8: Umbau der Kreuz- ung / St2089	-20.000	-159.768	-139.768	83.266
910-08-007 EBE8: Ausbau Nettelkofen b. Seeschneider-Kreuzung	555.000	38.287	-516.713	738.330
910-08-009 EBE8: Bahnübergang Wiesham	245.000	0	-245.000	99.000
910-09-003 EBE9: Ausbau zw. Haging u. Jakobneuharting	0	-883	-883	1.263.856
910-09-006 EBE9: Deckenbau Grafing Rotter Str.	80.000	9.081	-70.919	9.081
910-09-007 EBE9: Ausb. zw. Haging u. Jakobneuh. b. Schaurach	190.000	0	-190.000	0
910-09-009 EBE9: ZEB (Lkr. Grenze)	0	1.040	1.040	382.119
910-12-004 EBE12: Sanierung nördlich Altenburg	100.000	0	-100.000	0
910-12-005 EBE12: ZEB (Schattenh- ofen)	120.000	68.897	-51.103	115.427
910-13-001 EBE13: Neubau Viehtrift + Brückensanierung b.Bruck	0	40.276	40.276	54.305
910-13-022 EBE13: Kreuzung "Schammacher Kreuzung"	-200.000	65.090	265.090	541.069
910-14-007 EBE14: Straßenentwässer- ung OD Kastensee	150.000	0	-150.000	12.670
910-14-013 EBE14: Glonn- Hangstabilisierung	25.000	0	-25.000	0
910-17-004 EBE17: Kreisverkehre im Gewerbegebiet Parsdorf	0	3.609	3.609	135.999
910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze	875.000	0	-875.000	137.615
910-20-010 EBE20: G+R-Weg nördl. Frauenneuharting	15.000	2.707	-12.293	112.440
910-20-015 EBE20: ZEB Jakobneuhar- ting - Sensau	0	70.032	70.032	70.032
910-ST2086 Radweg St2086 (gde.- freies Gebiet)	15.000	0	-15.000	0
910-ZEB Straßensanierungen der nächsten Jahre	650.000	0	-650.000	0
943-0014 LRA: Ausstattung (nicht Generalsanierung)	0	1.325	1.325	1.325
<b>SUMME</b>	<b>3.637.000</b>	<b>765.361</b>	<b>-2.871.639</b>	<b>6.139.028 *)</b>

\*) Investitionen, für die 2021 weder ein Plan noch ein Ist entstand, werden hier nicht dargestellt.

### Über einen Sachverhalt ist der Kreistag zu informieren:

#### **910-13-022 EBE13: Kreuzung "Schammacher Kreuzung" mit 265.090 €.**

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen. Grund für die Überschreitung ist der noch ausstehende Eingang der Zuweisung Höhe von 400.000 €.

Es ist darauf hinzuweisen, dass das Staatlichen Straßenbauamt Rosenheim personell stark unterbesetzt ist, dadurch verzögert sich die bauliche Umsetzung der Maßnahmen. Durch die Einstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters im Landratsamt Ebersberg Anfang 2020, konnten die nötigen Grundstücksverhandlungen vorangetrieben werden. Dadurch kann zumindest die Voraussetzung geschaffen werden, dass die geplanten Rad- und Straßenbaumaßnahmen von Seiten des Landratsamtes umgesetzt werden können.

### **3. Kommunale Abfallwirtschaft (075)**

Die Kommunale Abfallwirtschaft wurde am 01.01.2008 in den Landkreis als kostenrechnende Einrichtung eingegliedert.

#### **3.1 Gesamtergebnis 2021 (Stand 11.03.2021):**

##### **Ergebnis vor Einstellung in die Gebührenaussgleichsrückstellung**

	Plan	Ist	Abweichung
720 Kommunale Abfallwirtschaft	434.268	-61.529	-495.797
<b>SUMME</b>	<b>434.268</b>	<b>-61.529</b>	<b>-495.797</b>

Geplant war für das Jahr 2021 auf Grundlage der 2017 kalkulierten Gebührensätze ein negatives Ergebnis von 434.268 €. Die neue Gebührenordnung 2021-2024 war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch in Bearbeitung. Tatsächlich weist die Kommunale Abfallwirtschaft zum Jahresende einen Jahresüberschuss von 61.529 € auf, es ist also um 495.797 € besser als geplant.

Nachdem 2020 die gesamte Gebührenaussgleichsrücklage zur Aufstockung der Nachsorge-rückstellungen aufgelöst wurde, konnten 2021 **1.412.820 € zurückgestellt werden**. Weiterhin konnte der Verlust des Haushaltsjahres 2020 in Höhe von 61.529 € wieder ausgeglichen werden.

Die Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen betragen zum 31.12.2021 insgesamt - 6.212.557 €. Laut Nachsorgegutachten von 2020 reicht dieser Betrag nicht aus. Die Empfehlung des Rückstellungsbetrages für die Deponie „An der Schafweide“ für die Jahre 2020 bis 2049 beträgt 7.907.690 €.

#### **3.2 Investitionen**

Im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es folgende Investitionstätigkeit:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2011	303.000	202.097	-100.903	66,7%
2012	33.000	67.913	34.913	205,8%
2013	95.500	31.229	-64.271	32,7%
2014	399.700	170.350	-229.350	42,6%
2015	484.100	182.425	-301.675	37,7%
2016	289.000	42.136	-246.864	14,6%
2017	441.000	65.630	-375.370	14,9%
2018	285.500	24.507	-260.993	8,6%
2019	283.000	29.840	-253.160	10,5%
2020	675.300	50.921	-624.379	7,5%
2021	348.000	5.885	-342.115	1,7%

Die Investitionen im Einzelnen:

	2021		
	Plan	Ist	Abweichung
720-00010 Investitionen Garagengebäude		-138	138
720-00011 Asphaltfläche Deponiegelände	50.000		50.000
720-00012 Sickerwasser Schaltschrank	15.000		15.000
720-00017 Pumpen	14.000		14.000
720-00023 Carport mit Photovoltaikanlage	150.000		150.000
720-00027 Landkreis PPK-Container	5.000		5.000
720-00028 Sonst. BGA Deponienachsorge		3.844	-3.844
720-00029 Sonstige BGA Entsorgungszentrum	4.000	990	3.010
720-00100 Fahrzeuge und Zubehör		-1	1
720-00201 Parkplatz gegenüber Altdeponie	80.000		80.000
720-00204 Betriebstechnische Anlagen Deponienachsorge	30.000		30.000
943-0014 LRA: Ausstattung (nicht Generalsanierung)		1.191	-1.191
<b>SUMME</b>	<b>348.000</b>	<b>5.885</b>	<b>342.115</b>

Insgesamt wurden im Bereich der Kommunalen Abfallwirtschaft 5.885 € an Investitionen getätigt, das entspricht einem Ausschöpfungsgrad der geplanten Investitionen von 1,7 %.

Generell konnten aufgrund von Corona viele Projekte nicht umgesetzt werden und wurden auf 2022 verschoben. Darüber hinaus waren durch ein erhöhtes Anlieferungsaufkommen am Entsorgungszentrum „An der Schafweide“ nennenswerte Arbeitskapazitäten gebunden. Lediglich ein defektes Messgerät musste wegen nicht mehr produzierten Ersatzteile ersetzt werden.

### 3.3 Die Kostenträger in der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW)

Nachfolgend ist eine Übersicht über die Entwicklung der Kostenträger der kommunalen Abfallwirtschaft dargestellt:

	2018	2019	2020	2021			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	65.289	0	0		0	0	

7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	-96.701	23.981	66.193	-42.285	-793.123	-750.838	1776%
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	-133.193	7.416	-26.865	-12.000	-125.652	-113.652	947%
7283 KAW: Problemabfall	82.475	81.681	80.805	91.338	87.803	-3.535	-4%
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	839.645	45.196	8.600	-11.500	-1.792	9.708	-84%
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	962.940	974.847	1.020.613	1.070.000	1.045.495	-24.505	-2%
7286 KAW: Asbest	-13.719	-9.598	-15.926	-2.400	-10.551	-8.151	340%
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	-29.031	16.650	29.643	-7.680	-1.422	6.258	-81%
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	30.882	-5.272	-1.134	-4.350	-6.177	-1.827	42%
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	-294.135	-380.286	-440.466	-298.350	-454.207	-155.857	52%
7290 KAW: Deponienachsorge	8.046	-7.170	8.487	-38.902	5.915	44.817	-115%
7291 KAW: Entsorgungsumlage	-1.535.637	-1.520.527	-1.577.877	-1.464.018	-2.036.517	-572.499	39%
7292 KAW: Kunststoffverfassung	13.124	-2.806	391	-2.500	-786	1.714	-69%
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten	4.148			40.000		-40.000	-100%
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)	4.914	8.003	1.201	13.750	3.390	-10.360	-75%
<b>Summe</b>	<b>-90.953</b>	<b>-767.884</b>	<b>-846.334</b>	<b>-668.897</b>	<b>-2.287.623</b>	<b>-1.618.726</b>	<b>242%</b>

Eine Reihe der Kostenträger (Abfallfraktionen) wird Gemeindefach abgerechnet. Dies betrifft die Fraktionen: Bauschutt, E-Schrott, Alteisen, Gartenabfall, Gasentladungslampen, Kfz-Batterien und Kunststoffe. Des Weiteren wird eine Endabrechnung zur Dualen Wertstoffverfassung (Duale Entgelte + PPK) erstellt. Die Zuordnung der Abfallmengen wird gemäß den Einwohnerzahlen des Statistischen Bundesamtes vorgenommen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt im Großen und Ganzen, dass der Landkreis Ebersberg trotz steigender Einwohnerzahlen die Quantität der Abfallmengen nicht nennenswert gestiegen ist. Die Abweichung zur Planung basiert auf den noch ausstehenden Endabrechnungen. Eine leistungsgerechte Abrechnung wurde vom BPKV und vom Finanzamt Erding gefordert!

### 3.4 Zusammenfassende Bewertung zur Kommunalen Abfallwirtschaft

Die finanzielle Lage der Abfallwirtschaft ist derzeit als gut zu bezeichnen. 2021 wurden die Gebühren neu kalkuliert. Die Abfallwirtschaft erwirtschaftete in 2021 Erträge in Höhe von 1,5 Mio. €. Der Verlust des Jahres 2020 in Höhe von 61.529 € konnte somit ausgeglichen werden. Zusätzlich konnte eine Gebührenausschüttungsrücklage in Höhe von 1.412.820 € gebildet werden.

Da der Deponiekörper noch nicht in die Nachsorgephase entlassen wurde und eine schlechte Zinsentwicklung keine Reserven bilden lässt, ist zu erwarten, dass die Nachsorgerückstel-

lung, die zum 31.12.2021 einen Stand von 6.212.557 € aufweist, weiterhin erhöht werden muss.

#### 4. Steuerungsmöglichkeiten

Der Bereich Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement ist eine freiwillige Leistung des Landkreises mit einem Planvolumen von ca. 390.000 € im Jahr 2021. Auch im Bereich ÖPNV handelt es sich größtenteils um freiwillige Beförderungsleistungen. In diesem Bereich können die Kosten durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades (= Erhöhung der Attraktivität) oder Änderungen in der Linienführung (mehr Fahrgäste) reduziert werden. Die politische Steuerung in diesem Bereich ist vorbildlich und hat dazu geführt, dass der Kostendeckungsgrad seit 2002 (in diesem Jahr betrug er 25,5 %) auf 56,6 % (2019) gesteigert werden konnte.

Im Bereich des ULV-Ausschusses sind folgende **freiwillige Leistungen** enthalten:

Nr.	Vertragspartner	Vertragsgegenstand	Plan 2021	IST 2021
1	Landkreis	Wirtschaftsförderung (KSt. 080)	389.667,00 €	305.610,41 €
	davon Trägerverein Carsharing	Zuschuss Carsharing	7.313,00 €	5.625,00 €
2	Landkreis	Fernradwege (Ktr. 1125)	4.217,00 €	797,00 €
3	Landkreis	ÖPNV (Ktr. 1123)	1.700.618,00 €	1.194.492,00 €
4	Landkreis	Denkmalschutz (Ktr.4122 4121)	9.750,00 €	0,00 €
5	Landkreis	Windkraftanlagen LSG Ebersberger Forst, z.B. Gutachten, Kartierung, Personal	0,00 €	49.464,18 €
6		Varroamittel-Zuschuss	2.925,00 €	2.437,21 €
7		Durchwachsene Silphie	24.375,00 €	0,00 €
8		a) Freiwillige Unterstützung einer Verbandsgeschäftsstelle	997,02 €	997,02 €
		b) Unterstützung weiterer Institutionen	2.583,75 €	2.242,50 €
9	Landkreis	Landschaftspflegeverband (KSt. 405)	87.134,00 €	79.451,00 €
11	Landkreis	Abschussprämie für Schwarzwild	43.875,00 €	39.667,00 €
		<b>Gesamtsumme</b>	<b>2.266.141,77 €</b>	<b>1.675.158,32 €</b>

Im staatlichen Aufgabenbereich beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistages auf die Personalausstattung. Die Aufgaben sind vorgegeben und nicht steuerbar. Der Freistaat Bayern ist von den Landräten mit Unterstützung durch den Bayerischen Landkreistag aufgefordert, die Staatsaufgaben an den staatlichen Landratsämtern besser zu finanzieren. Das gilt sowohl für die Einhaltung der Personalquoten als auch für eine generelle Verbesserung bei den Finanzausgleichszahlungen. Das Defizit hat sich in den Corona-Jahren 2020 und 2021 massiv erhöht.

#### 5. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht ULV-Ausschuss)

Über die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Einzelfall pro Kostenstelle einen Betrag von 100.000 € überschreiten, hat der ULV-Ausschuss zu entscheiden. Überschreitungen, die das gesamte Fachausschussbudget betreffen, sind bis zu 200.000 € vom jeweiligen Fachausschuss selbst zu genehmigen. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, welche 200.000 € übersteigen, hat der Kreistag nach Vorberatung durch den Kreis- und Strategiausschuss zu entscheiden.

**In der Ergebnisrechnung sind zwei genehmigungspflichtige Sachverhalte für den ULV-Ausschuss eingetreten:**

Kostenstelle 320 (KfZ-Zulassungsstelle) mit einer Überschreitung von **137.369 €**.  
Kostenstelle 325 (Führerscheinstelle) mit einer Überschreitung von **126.990 €**.

**Bei den Investitionen ist der Kreistag über folgenden Sachverhalt zur informieren:**

Fehlender Eingang des geplanten Zuschusses in Höhe von 400.000 € für die Investition:  
910-13-022 (EBE13 Kreuzung "Schammacher Kreuzung")

Das Teilbudget des ULV-Ausschusses schließt bei der Ergebnisrechnung und bei den Investitionen unter dem Plan ab, sodass in dieser Betrachtung kein Genehmigungsfall eintritt.

## **6. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung**

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2020 zu Ist 2021	Veränderung Ist 2021 zu Plan 2022
2018	2019	2020	2021	2022		
5.210.172	5.206.258	6.099.887	6.339.766	9.000.695	<b>239.880</b>	<b>2.660.928</b>

Der Planansatz 2022 wurde mit 2.660.928 € über dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2021 veranschlagt und spiegelt mit einer Erhöhung von 42 % den steigenden Trend des Teilbudgets in den letzten Jahren wieder. Bei dieser Steigerung ist zu beachten, dass ab 2022 die Kostenstelle, Klimaschutzmanagement, dem ULV-Ausschuss zugeordnet ist und die Wohnungsbauförderung nicht mehr im Teilhaushalt des ULVs veranschlagt wurde.

Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist darüber hinaus ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch negativer Art von mehreren 100.000 € möglich. Zugleich stellen die Einnahmen aus überlassenen Kostenaufkommen im staatlichen Bereich aus Genehmigungsverfahren aber auch der Eingriffsverwaltung in der Regel einen sehr unsicheren Faktor dar, der von zahlreichen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird, das sind **78,4 %**.

### **Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

- ja, positiv
- ja, negativ
- nein

### **Auswirkung auf den Haushalt:**

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 7.842.268 € um **1.502.502 € unterschritten**, das sind **19,2 %**.

Die geplanten Investitionen in Höhe 3.832.400 € wurden um **3.004.436 € unterschritten**,

## **II. Beschlussvorschlag:**

**Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 320 (Kfz-Zulassungsstelle) in Höhe von 137.369 € wird genehmigt.**
- 2) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 325 (Führerscheinstelle) in Höhe von 126.990 € wird genehmigt.**

**Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1) Der Kreistag wird über den fehlenden Eingang des geplanten Zuschusses in Höhe von 400.000 € für die Investition: 910-13-022 (EBE13 Kreuzung "Schammacher Kreuzung") informiert.**

gez.

Katja Witschaß